

Integration MIT Zugewanderten in Tirol

Grundsätze, Ziele, Maßnahmenempfehlungen

Mit dem vorliegenden Grundsatzpapier soll geklärt werden, wie die Integration MIT Zugewanderten in Tirol in absehbarer Zukunft aussehen soll und welche Maßnahmen dafür notwendig werden können. Dabei soll eine Veränderung im gesellschaftlichen, politischen und verwaltungsinternen Bewusstsein im Hinblick auf das Thema der Integration MIT Zugewanderten erreicht und Integration als ein wichtiges Zukunftsthema der gesamten Gesellschaft etabliert werden. Das Potential der Zuwanderung soll bewusst gemacht werden, ohne dabei die Herausforderungen und Probleme in diesem Zusammenhang zu verkennen. Es soll klar gemacht werden, dass von einer aktiven und zukunftsgerichteten Integrationspolitik langfristig alle profitieren.

In den Leitsätzen und dem Integrationsverständnis entfaltet das Konzept eine Vision des Zusammenlebens aller. Zur Sicherung der nachhaltigen Umsetzung will es aber mit Überlegungen zur Organisationsentwicklung und konkreten Maßnahmenempfehlungen auch einen inhaltlichen und strategischen Orientierungsrahmen für das zukünftige Handeln der relevanten gesellschaftlichen TrägerInnen und AkteurInnen im Integrationsbereich anbieten.

Fachleute aus den verschiedensten gesellschaftlichen Teilbereichen wurden ebenso in den Entstehungsprozess eingebunden wie VertreterInnen aus Regionen und Gemeinden. Damit ist der Bezug auf die konkreten Tiroler Verhältnisse wie auch die Repräsentativität des Vorgehens und des Ergebnisses gewährleistet. Zusätzlich sichert diese Vernetzung und Sensibilisierung der Betroffenen die Nachhaltigkeit der Umsetzung.

DIE DREI LEITSÄTZE:

Vielfalt leben

Tirol bietet den hier lebenden Menschen eine *Heimat*, in der sie *Respekt für unterschiedliche Lebensentwürfe und Wertschätzung für soziale und kulturelle Vielfalt* erfahren.

Heimat

Um der Vielfalt der in Tirol lebenden Menschen gerecht zu werden, muss der Begriff der Heimat weiterentwickelt und auf die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts abgestimmt werden. Dies ist durch die zunehmende Verschiedenheit der Lebensstile, starke Mobilität und die Loslösung von fixen Lebensräumen charakterisiert. Soll Tirol eine Heimat für alle längerfristig hier lebenden Menschen werden, muss es Geborgenheit, Offenheit, Raum und Respekt für unterschiedliche Lebensentwürfe gewährleisten.

Wertschätzung für soziale und kulturelle Vielfalt

Grundsätzlich ist jedes Individuum als zur Mündigkeit fähig zu achten und zu schätzen. Dem entspricht die im Leitbild angestrebte Kultur des bewussten, wertschätzenden, offenen und fairen Umgangs mit Unterschieden in unserer modernen Gesellschaft. Integration heißt auch, das zu Diskriminierung führende Denken in nationalen oder ethnischen Kategorien zu überwinden, sich von Klischees und Verallgemeinerungen Einzelnen oder sozialen Gruppen gegenüber zu verabschieden,

Die Grenzen der Akzeptanz und Toleranz liegen dort, wo allgemein gültige zivilisatorische Standards, wie Menschenwürde, körperliche und geistige Integrität, Toleranz gegenüber Anderen, Meinungsfreiheit etc, festgeschrieben in den Menschenrechten sowie in der Österreichischen Verfassung, von kulturellen Traditionen, religiösen Forderungen oder einfach von Egoismen in Frage gestellt werden.

Potentiale nutzen

Chancengleichheit und ein fairer Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen sind die Voraussetzung für die optimale Entfaltung der menschlichen Potentiale und die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben.

Chancengleichheit und ein fairer Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen

Integrationspolitik stellt die Potentiale Einzelner und sozialer Gruppen in den Vordergrund und arbeitet an der Beseitigung sozialer und struktureller Ursachen von Benachteiligung und Ungleichbehandlung. Alle in Tirol lebenden Menschen sollen dieselbe Chance haben, ihre Kompetenzen und Fähigkeiten zu entwickeln und einzubringen. Dabei geht es um Investition in und Erwartungen an die individuellen Fähigkeiten. Noch existieren allerdings rechtliche Bestimmungen, Strukturen und Verhaltensweisen, die der gegenwärtigen Vielfalt unserer Gesellschaft nicht mehr Rechnung tragen und zu Benachteiligungen und Diskriminierungen führen.

Das Gleichheitsgebot verpflichtet Staat und Behörden zur Gleichbehandlung aller und zur Gewährung gleicher Chancen für alle. Dabei ist vor allem auf die Gleichheit in der Wirkung zu achten. Bei ungleichen Voraussetzungen (Einkommen, sozialer Status, Bildung,...) sind daher besondere Maßnahmen erforderlich - eine vermeintliche Gleichbehandlung wirkt da diskriminierend und unfair. Besonderes Augenmerk ist in diesem Zusammenhang auch auf die Chancengleichheit von Männern und Frauen zu legen.

Entfaltung der menschlichen Potentiale

Durch eine zielführende Politik des Förderns und des Forderns sollen die Menschen in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Potentiale unterstützt und befähigt werden, sich von bestehenden Abhängigkeiten zu befreien. Eine darauf ausgerichtete Integrationspolitik stellt nicht die Defizite Einzelner und sozialer Gruppen in den Vordergrund, um diese dann symptomorientiert anzugehen. Vielmehr geht sie davon aus, dass die Ursachen von Ungleichbehandlung strukturell beseitigt werden, dass andererseits aber auch das Individuum selbst seine vorhandenen Potentiale engagiert nutzt. An die Stelle von Beratung, Betreuung, Übersetzung oder Fürsorge, die nur kurzfristig bestimmte Defizite überbrücken und die Betroffenen tendenziell in die passive, abhängige Rolle treiben, treten längerfristig wirksame Investitionen in die individuellen Fähigkeiten. Aktive Eigenleistung wird damit ermöglicht, aber zugleich auch gefordert.

Die Potentiale Zugewanderter sind unter anderem Wissen, fachlich-berufliche Fertigkeiten, Arbeitskraft, aber auch Mehrsprachigkeit sowie Kulturen überschreitende Kenntnisse und Erfahrungen. Diese sollen von Beginn an durch Information und Bildung gefördert und in allen gesellschaftlichen Bereichen ökonomisch, sozial und kulturell für die gesamte Gesellschaft fruchtbar gemacht werden.

Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben

Eine gleichberechtigte Teilhabe der Zugewanderten am gesellschaftlichen und politischen Leben setzt die Schaffung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten an politischen Entscheidungsprozessen voraus. Eine Möglichkeit zur vermehrten Partizipation würde sich auch motivierend auswirken im Bereich des Spracherwerbes, der Bereitschaft zur gesellschaftlichen Einbindung und zur Übernahme von Verantwortung.

Mit dem Leitbild Integration MIT Zugewanderten steht das Land Tirol zu seiner Verantwortung, Politik auch auf diesem Gebiet zukunftsfähig zu gestalten. Manche Bereiche, die im Rahmen seiner Integrationspolitik angeschnitten werden, entziehen sich jedoch ganz oder teilweise der Landeskompetenz. In ihnen kann das Land aber durch entsprechende Vorschläge eine Debatte anregen und Impulse liefern, sich auf Bundesebene und in anderen Bundesländern mit den Fragen des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes, der Einbürgerungspolitik und dem Wahlrecht zu befassen. Die

Menschen, die zur Vielfalt des Lebens in Tirol beitragen und deren Fähigkeiten der Gesellschaft zugute kommen, sollen auch die Gelegenheit erhalten, selbst an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken.

Damit könnte der in der Integrationspolitik praktisch bereits vollzogene Paradigmenwechsel auch im politischen Bereich umgesetzt werden - weg vom Rotationsmodell, hin zur Anerkennung der Realität, dass Zugewanderte hier zu Angehörigen der Gesellschaft Tirols, Österreichs und Europas werden wollen und sollen.

Zukunft gestalten

Alle Menschen sowie alle privaten und öffentlichen Institutionen übernehmen ihre Verantwortung in diesem gemeinsamen und andauernden Prozess der Integration und bringen sich in den verschiedensten gesellschaftlichen Teilbereichen ihren Möglichkeiten entsprechend ein.

Gemeinsame Verantwortung

Integration betrifft alle Menschen und alle gesellschaftlichen Teilbereiche: Zugewanderte und Angehörige der aufnehmenden Gesellschaft, alle Familien und Gruppen und alle relevanten Vereine und Institutionen, öffentliche und private, wirtschaftliche und gemeinnützige, Bildungsbereich, Gesundheits- und Sozialwesen, Verwaltung, Sicherheit, Wohnen und Raumplanung sowie Freizeit,... Daher ist Integration bei allen Entscheidungen und Handlungen des öffentlichen Lebens mit einzubeziehen. Alle Menschen und alle Organisationen und Institutionen tragen Verantwortung für ihr Gelingen.

Integration als andauernder Prozess

Integration und Desintegration sind dynamische und nicht abschließbare Prozesse, welche nicht nur die Zugewanderten, sondern genauso die einheimische Bevölkerung betreffen. Zum Einen wird es auch in Zukunft Zuwanderung in einem bestimmten Ausmaß geben. Zum Anderen ist Desintegration ein generelles Phänomen – auch bei Einheimischen. So können z.B. bestimmte MigrantInnengruppen relativ gut integriert, bestimmte Gruppen der einheimischen Bevölkerung hingegen aus dem Bildungssystem, dem Arbeitsmarkt und somit aus weiteren Teilbereichen der Gesellschaft ausgeschlossen, bzw. desintegriert sein.

Einbringen in die Gesellschaft

Die individuellen Voraussetzungen dafür, sich um Integration zu bemühen, sind nicht für alle gleich. Neben Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung, kultureller Hintergrund, Einkommen oder Gesundheit spielen auch Persönlichkeitsmerkmale wie Offenheit, Aktivität, Intelligenz, persönliche Interessen oder Engagement eine wichtige Rolle. Alle sind aber gefordert, einen ihnen jeweils möglichen Beitrag zu leisten. Gefordert sind auch die Anstrengungen der Zivilgesellschaft und die Aufnahme der Zugewanderten in dieselbe. Wesentlich ist nicht zuletzt das wechselseitige Interesse und das allseitige Bemühen, zu verstehen, was die Menschen in unserem Land – Einheimische wie Zugewanderte - bewegt und was im Lande vorgeht. Letztlich wird es auch um eine Orientierung an den Lebensverhältnissen der aufnehmenden Gesellschaft gehen.

DAS INTEGRATIONSVERSTÄNDNIS:

Der Tiroler Integrationspolitik liegt ein **gesamtgesellschaftliches Integrationsverständnis** zugrunde, das auf die Einbeziehung und Integration aller EinwohnerInnen des Landes abzielt, auf ihre gleichberechtigte Teilhabe auf sozialer, struktureller und kultureller Ebene unter Respektierung ihrer jeweiligen sozialen und kulturellen Eigenheiten. Integration findet **in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens** statt - Arbeit, Bildung, Schule, Politik, Wohnungsmarkt, Gesundheitswesen etc. Sie ist somit in allen Teilbereichen bei allen relevanten Entscheidungen und Handlungen mit einzubeziehen.

Integration ist eine Frage der **gesellschaftlichen Teilhabechancen**. Ziel ist es, soziale und strukturelle Barrieren und Hemmnisse aufzuheben, welche zu Diskriminierung führen, und statt dessen allen einen gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sowie persönliche Entfaltungsmöglichkeiten zu sichern.

Integration meint die produktive **Vereinbarkeit von Vielfalt und Differenz**. Angestrebt wird nicht die Vereinheitlichung, sondern die Vereinbarkeit der unterschiedlichen Werthaltungen und Lebensentwürfe der Zugewanderten mit den zivilisatorischen Standards der Aufnahmegesellschaft. Ziel ist das Zusammenleben in Respekt für den Anderen und in Anerkennung von Differenz, das auch das Verständnis der Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten einschließt.

Alle, egal ob einheimisch oder zugewandert, werden in Gemeinschaften, Organisationen und in Teilsystemen wie Wirtschaft, Bildung, Recht etc. integriert – wenn auch in unterschiedlicher Qualität. Ebenso können Menschen auch partiell desintegriert werden, z.B. durch Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund ist die Integrationsthematik als eine **gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe** zu verstehen, die der fortwährenden weitsichtigen Gestaltung bedarf.

Integration richtet sich nach dem **Prinzip des Förderns und Forderns**. Die Förderung des individuellen Potentials und von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Integration unterstützen, geht einher mit der Forderung, die persönlichen Fähigkeiten selbst in die Gesellschaft einzubringen.

Das der Integration in Tirol zugrunde liegende Integrationsverständnis ist außerdem:

- ⊙ **zukunftsgerichtet**, d.h. nicht vergangenheitsbezogen
- ⊙ auf das **Individuum** ausgerichtet, d.h. nicht auf ethnische Kollektive konzentriert
- ⊙ **leistungs- und potentialorientiert**, d.h. auf Stärken, nicht nur auf Defizite fokussiert
- ⊙ **befähigend, fördernd und fordernd**, d.h. nicht neue Abhängigkeiten schaffend.

STRATEGISCHE ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Neben der politisch für Integration zuständigen 1. Landeshauptmannstellvertreterin Dr. Elisabeth Zanon und den bereits bestehenden Einrichtungen Integrationsbeirat, Integrationsreferat und Integrationsforum (NGOs) sind folgende Gremien zur Sicherung der nachhaltigen Umsetzung des Integrationskonzeptes angedacht:

Eine dreiköpfige Arbeitsgruppe der Landesregierung für Integrationsfragen (Politische Ebene)

Für die strategische Aufsicht, Führung und Koordination der integrationsrelevanten Fragestellungen und die bereichsübergreifende Verankerung der Integrationsthematik.

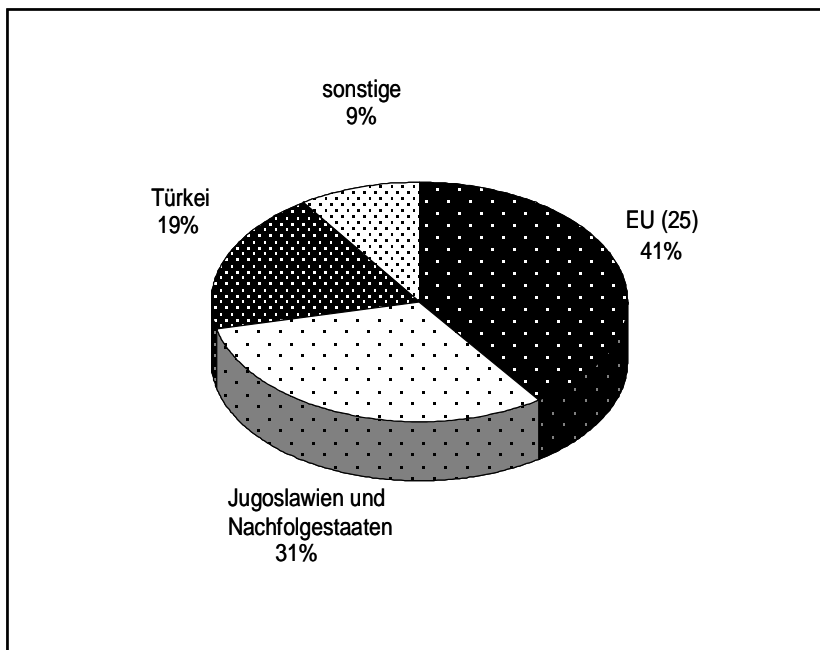
Ein abteilungsübergreifendes Netzwerk Integration (Verwaltungsebene) mit Fachleuten aus allen Ressorts für die Abstimmung der Maßnahmen und die Koordination in der Verwaltung. Zu den Sitzungen können bei Bedarf externe Fachleute eingeladen werden.

Integrationsbeiräte auf Bezirksebene (Verwaltungsebene) für den regionalen Einbezug auch in der Umsetzungsphase und zur regionalen Vernetzung und Integrationsförderung.

Die Herkunft und regionale Verteilung der Zugewanderten in Tirol

Im Jahre 2004 lebten in Tirol 692.281 EinwohnerInnen (Personen mit Hauptwohnsitz), davon besaßen 623.080 oder rund 90% die österreichische Staatsbürgerschaft, 69.201 (10%) gehörten einer anderen Nationalität an. Damit lag deren Anteil ganz leicht über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt von 9,6%. BürgerInnen aus Jugoslawien und Nachfolgestaaten (21.645, 31%) und türkische Staatsangehörige (13.176, 19%) stellten zusammen die Hälfte der ausländischen Wohnbevölkerung Tirols (1995 noch 65%). Der Anteil der BürgerInnen der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union erhöhte sich zwischen 1995 und 2004 von 24% auf rund 36% (24.332 Personen). Weitere ca. 5% stammen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten.

Graphik 1: Zugewanderte Bevölkerung Tirols nach Herkunftsregionen (2004)



Die Anteile der größten Gruppen ausländischer StaatsbürgerInnen in Tirol an der Gesamtbevölkerung nach Bezirken (2004):

Bezirk	absolut	in %	EU (25) absolut	EU(25) in %	Jugosl.+ Nachfolge absolut	Jugosl.+ Nachfolge in %	Türkei absolut	Türkei in %
INNSBRUCK-SDT	16.234	14,0	5.888	5,1	5.311	4,6	2.813	2,4
INNSBRUCK-LD	13.920	8,7	4.972	3,1	4.335	2,7	3.277	2,0
KUFSTEIN	10.811	11,1	4.730	4,9	3.235	3,3	2.150	2,2
SCHWAZ	7.252	9,4	2.438	3,2	2.963	3,9	1.389	1,8
KITZBÜHEL	6.598	10,8	3.770	6,2	1.663	2,7	611	1,0
REUTTE	4.553	14,3	2.058	6,5	1.337	4,2	874	2,7
IMST	4.455	8,2	1.804	3,3	1.192	2,2	1.053	1,9
LANDECK	3.939	8,8	1.362	3,1	1.223	2,7	978	2,2
LIENZ	1.439	2,9	822	1,6	386	0,8	31	0,1
TIROL	69.201	10,0	27.844	4,0	21.645	3,1	13.176	1,9

Die Maßnahmenempfehlungen

Die folgenden **strategischen und operativen Maßnahmenempfehlungen** wurden in den Sitzungen der verschiedenen Arbeitskreise erarbeitet und in Abstimmung mit den Leitsätzen und den Rückmeldungen aus den regionalen Veranstaltungen von der Projektleitung überarbeitet.

Zu beachten ist, dass es sich dabei um **Empfehlungen** handelt, deren **Umsetzung nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und von der Politik festzulegender Prioritäten** erfolgen wird.

Übersicht über die 43 Maßnahmenempfehlungen

Bildung	
1	Interkulturelle Aus- und Fortbildung für MitarbeiterInnen in Kindergärten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen
2	Sicherung und Ausbau der Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Eltern und LehrerInnen von SchülerInnen nicht-deutscher Muttersprache
3	Interkulturelle Elternbildung für MigrantInnen mit dem Schwerpunkt Bildung und Erziehung
4	Qualitätssicherung im muttersprachlichen Unterricht
5	Qualitätssicherung im besonderen Förderunterricht für Kinder nicht-deutscher Muttersprache
6	Schulsozialarbeit in Schulen mit besonderem Handlungsbedarf
7	Wissens- und Adressdatenbank im Migrations- und Integrationsbereich
8	Qualifizierung von MigrantInnen mittels Beschäftigung in Kinderbetreuungseinrichtungen

Sprachförderung	
9	Bedarfsgerechte und zielgruppenorientierte Offensive zur Förderung der Deutschkenntnisse von Zugewanderten
10	Sprachliche Frühförderung im vorschulischen Bereich
11	Kindersprachförderung am Nachmittag
12	Intensivsprachkurse für Schul-Quereinsteiger
13	Förderung der Mehrsprachigkeit an Schulen

Wirtschaft & Arbeit	
14	Integration jugendlicher MigrantInnen in den Arbeitsmarkt
15	Bedarfsgerechter Aus- und Aufbau von arbeitsmarktbezogenen Integrations- und Reintegrationsmaßnahmen für Frauen mit Migrationshintergrund
16	Studie und Unternehmerworkshops zu Good-Practice-Ansätzen zur betrieblichen Integration
17	Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit von MigrantInnen
18	Verbesserung der Zugangschancen von MigrantInnen zu Führungspositionen

Verwaltung	
19	Diversitätskompetenz in der Verwaltung
20	Aufbau von Integrationsbeiräten auf Bezirksebene
21	Einbezug von IntegrationsexpertInnen in alle relevanten Beiräte und Ausschüsse

Gesundheit & Soziales	
22	Angepasste Erweiterung der Gesundheitsförderung und Prävention auf die Zugewanderten
23	Diversitätssensible Aus- und Weiterbildung für Mitarbeitende im Sozial- und Gesundheitsbereich
24	MigrantInnen in Gesundheits- und Sozialberufen: Qualifizierung, Zugangserleichterung und Erweiterung der beruflichen Perspektiven

25	Mehrsprachiges, kultur- und kontextsensibles Personal im Gesundheitsbereich
26	Dolmetsch- und Vermittlungsdienst im Gesundheits- und Sozialbereich
27	Mehrsprachige Infobroschüren
28	Gleicher Zugang zu Sozialleistungen, Gesundheit und Bildung gemäß Tiroler Antidiskriminierungsgesetz
29	MigrantInnengerechter Ausbau von Schutzräumen und Beratung für Opfer von physischer und psychischer Gewalt

Wohnen & Raumplanung

30	Erhebung und Kommunikation der Wohnbedürfnisse von Zugewanderten
31	Bedarfsgerechte Planung bei größeren Stadterweiterungs- und Wohnbauvorhaben
32	Durchmischung von Lebensformgruppen durch integrative Wohnungsvergabe
33	Siedlungsbeauftragte für Partizipation und Integration
34	Weiterentwicklung des Berufsbildes HausverwalterIn und HausmeisterIn

Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation und Antidiskriminierung

35	Zielgruppenorientierter Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit
36	Interkultureller Lehrgang für JournalistInnen
37	Förderung von integrativen Frauenprojekten, Einrichtungen und Frauenräumen
38	Antidiskriminierung und Gleichstellung

Sport, Freizeit & Kultur

39	Verstärkung und Vermittlung von Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in der Region
40	Kompetenzteam für interkulturelle Begegnung
41	Ausbau der interkulturellen Mädchenarbeit
42	Interkulturelle und interreligiöse Begegnungen
43	Mentoring für Imame

Ausgewählte Maßnahmen, die in einer ersten Phase umgesetzt werden sollen:

7	Wissens- und Adressdatenbank im Migrations- und Integrationsbereich
9	Bedarfsgerechte und zielgruppenorientierte Offensive zur Förderung der Deutschkenntnisse von Zugewanderten
10	Sprachliche Frühförderung im vorschulischen Bereich
11	Kindersprachförderung am Nachmittag
16	Studie und Unternehmerworkshops zu Good-Practice-Ansätzen zur betrieblichen Integration
19	Diversitätskompetenz in der Verwaltung
20	Aufbau von Integrationsbeiräten auf Bezirksebene
23	Diversitätssensible Aus- und Weiterbildung für Mitarbeitende im Sozial- und Gesundheitsbereich
27	Mehrsprachige Infobroschüren
35	Zielgruppenorientierter Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit
43	Mentoring für Imame